

B e r i c h t
Über die 17. turnusmäßige Tagung des Komitees der
Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer
Vertrages am 28. und 29. Oktober 1988 in Budapest

1. Hauptergebnisse der Tagung sind:

- Abstimmung des konzeptionellen Rahmens des Bündnisses für die Weiterführung der Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa und Annahme einer entsprechenden Erklärung (ND, 29. Oktober 1988);
- Meinungsaustausch zum weiteren Vorgehen zur Fortsetzung des Entspannungsprozesses in Europa und Vereinbarung eines Kommuniqués (ND, 31. Oktober 1988);
- Verständigung über die weiteren Maßnahmen der außenpolitischen Abstimmung sowie der Vervollkommnung der Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Vertrages bis zur Frühjahrstagung des Außenministerkomitees in Berlin.

2. Es fand ein informelles Treffen der Außenminister statt.

3. Die Außenminister wurden am 28. Oktober 1988 vom Generalsekretär der USAP und Vorsitzenden des Ministerrates der UVR, Károly Grosz, zu einem freundschaftlichen Gespräch empfangen:

4. Bei der Einschätzung der internationalen Lage stimmten die Teilnehmer der Tagung überein, daß in Verwirklichung der Beschlüsse der PBA-Tagung in Warschau der Übergang von der Konfrontation zur Entspannung - ungeachtet seiner Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit - als bestimmende Tendenz weiter gefestigt werden konnte.
- Genosse Schewardnadse, der eine betont positive Bewertung der internationalen Lage gab, erklärte, die Kriegsgefahr sei zurückgedrängt worden. Die in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen geschaffene Basis sei schwerlich zu erschüttern; erstmals gebe es keinen Zweifel an der Kontinuität der Entwicklung der Beziehungen zu den USA nach den Präsidentschaftswahlen.

Die Hauptaufgabe wird in der gegenwärtigen Etappe von allen Bruderländern darin gesehen, verstärkt darauf hinzuwirken, eine Stagnation des Entspannungsprozesses nicht zuzulassen und die günstiger gewordenen Bedingungen vor allem auf dem Gebiet der Vertrauensbildung und Abrüstung zu nutzen.

5. Alle Außenminister charakterisierten den baldigen Abschluß des Wiener KSZE-Folgetreffens als allernächste Aufgabe zur Festigung der positiven Tendenzen in Europa und in der Welt. Mit Ausnahme der DDR stimmten alle Bruderländer der Annahme der von den Koordinatoren der neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten vorbereiteten Entwürfe zu den bisher nicht abgestimmten Teilen des Abschlussdokuments zu.
- Die VRP, VRS und die SRR machten dabei darauf aufmerksam, daß die einzugewöhnenden Kompromisse vom Westen mit Sicherheit für eine verstärkte Druckausübung auf den Sozialismus genutzt und große Anstrengungen notwendig sein werden, in diesem Bereich die Konfrontation zu vermindern.
- Die UVR, die VRP und die UdSSR traten für eine solche Kompromißbereitschaft der Bruderländer in den noch offenen Fragen ein, die eine weitere Verzögerung des Abschlusses

des Treffens unter allen Umständen ausschließt, da das negative Folgen für die inneren Entwicklungsprozesse in den sozialistischen Ländern wie für die Ost-West-Zusammenarbeit überhaupt hätte.

Seitens der DDR wurde die notwendige Bündnispflicht hervorgehoben und darauf orientiert, durch ein geschlossenes und einheitliches Vorgehen ein solches Abschlusdokument zu erreichen, das den Interessen der Bruderländer an ihrer Stärkung Rechnung trägt und imperialistischen Einmischungsversuchen nicht noch mehr Vorschub leistet.

Die prinzipielle Position der DDR zu den "Helsinki-Gruppen" sowie zum Mindestumtausch fand Aufmerksamkeit, aber keine Unterstützung.

Auf dem informellen Treffen unterbreitete der Außenminister der UdSSR den Vorschlag, in einem persönlichen Brief an USA-Außenminister Shultz das Einverständnis mit dem Abschluß des Wiener Treffens auf der Grundlage der Vorschläge der neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten vorzuschlagen, wenn die USA und ihre Verbündeten ihrerseits mit der Durchführung multilateraler Folgeveranstaltungen auch in sozialistischen Staaten einverstanden seien. Dem wurde von der DDR und der SRR nicht zugestimmt.

Es wurde vereinbart, einer Veröffentlichung des in den Konsultationen der 23 Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO erarbeiteten Mandats für die künftigen Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Europa nach seiner endgültigen Fertigstellung vor dem Abschluß des Wiener KSZE-Treffens zuzustimmen.

Es bestand Einverständnis, nach Abschluß des Wiener Treffens eine Beratung der Stellvertreter der Außenminister durchzuführen, um das Vorgehen der Bruderländer bei der Umsetzung der Ergebnisse des Treffens abzustimmen.

6. Alle Teilnehmer der Tagung unterstrichen die Notwendigkeit, in der Speziellen Abrüstungskommission des Warschauer Vertrages beschleunigt die detaillierten Verhandlungspositionen des Bündnisses zur Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen sowie zu weiteren vertrauensbildenden Maßnahmen in Europa auszuarbeiten. Die sowjetische Seite sprach sich dafür aus, unsere konkreten Positionen erst im Anfangsstadium der Verhandlungen bekanntzugeben, wenn die Absichten und die Taktik des Westens in vollem Maße klar geworden sei. Es wurde angekündigt, zum "europäischen Gipfel über Abrüstungsfragen" konkrete Vorstellungen zu unterbreiten, sobald die bevorstehenden Verhandlungen begonnen hätten.

Alle Teilnehmer bekräftigten den Beschluß der 22. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister zum Datenaustausch.

Die UVR bekräftigte ihre Absicht, in die erste Phase der Abrüstung einbezogen zu werden.

Seitens der VRE wurde die Notwendigkeit unterstrichen, im Interesse der Wahrung des Prinzips der gleichen Sicherheit bei der Ausarbeitung der Verhandlungsvorschläge die Maßnahmen zur Beseitigung der Asymmetrien in Zentral- bzw. Südeuropa aufeinander abzustimmen.

7. Auf der Tagung wurde vereinbart, die kollektive Analyse der westeuropäischen Integrationsprozesse und die Erarbeitung der sich für die sozialistische Europapolitik ergebenden Konsequenzen aufzunehmen. Notwendig ist, die mit der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen dem RGW und der EG gewachsenen Möglichkeiten zu nutzen, auf diese Entwicklungen in unserem Sinne Einfluß zu nehmen und negative politische und ökonomische Auswirkungen für die Bruderländer abzuwenden sowie eine Vertiefung der Teilung Europas zu verhindern. Besonders gelte es, der Integration im militärischen Bereich entgegenzutreten.

Einen Schwerpunkt bildet dabei die Arbeit gegenüber der BRD, die maßgeblich das Niveau der militärischen Anstrengungen des Westens in Europa bestimmt.

8. Es bestand Übereinstimmung darüber, die Effektivität, das inhaltliche Niveau und die Verbindlichkeit der außenpolitischen Abstimmung im Bündnis weiter zu erhöhen. Die Minister kamen überein, die Durchführung der von der Warschauer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses beschlossenen gemeinsamen Tagung des Komitees der Außenminister und des Komitees der Verteidigungsminister in Bukarest zu empfehlen und zu deren Vorbereitung das erste Expertentreffen im November in Moskau durchzuführen.

Neben der Qualifizierung der Tätigkeit der bestehenden Organe befürworteten alle Außenminister (außer der SRR) die Schaffung eines ständigen politischen Arbeitsorgans mit permanentem Sitz sowie die Erhöhung der politischen und organisatorischen Rolle des Generalsekretärs des Warschauer Vertrages. Unter Bezugnahme auf das Schreiben des ZK der KKP an die Bruderparteien zur Umgestaltung des Warschauer Vertrages, zu dem kein Außenminister Stellung nahm, erklärte die SRR ihre Bereitschaft, an den Arbeiten zur Vervollkommenung des Bündnisses aktiv teilzunehmen. Die UdSSR unterstrich, daß es um die maximale Ausschöpfung der Möglichkeiten des Warschauer Vertrages von 1955 gehe, ohne dessen Text anzutasten.

Genosse Schewardnadse informierte über die Absicht, im 1. Halbjahr 1989 die Außenminister zu einer informellen Diskussion perspektivischer Fragen der internationalen Beziehungen in die Sowjetunion einzuladen.

Der Außenminister der DDR sprach eine Einladung zur 18. turnusmäßigen Sitzung des Komitees der Außenminister nach Berlin aus.

9. Die Rede des Außenministers der DDR fand große Beachtung. Von den anderen Delegationen wurde sie als realistischer und inhaltsreicher Beitrag zur Abstimmung des weiteren außenpolitischen Vorgehens der Warschauer Vertragsstaaten gewertet. Ihr klar auf Schwerpunkte orientierter und vorwärtsweisender Charakter wurde hervorgehoben. Die Ausführungen zum Wiener Treffen fanden zwar Verständnis, aber keine Zustimmung.

Schlußfolgerungen

1. Die Vorbereitung der 18. turnusmäßiger Tagung des Komitees der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in der ersten Aprildekade 1989 in Berlin ist in Abstimmung mit dem MfAA der UdSSR vorzunehmen. Dem Politbüro ist dafür eine gesonderte Vorlage einzureichen.

Verantwortlich: Genosse Oskar Fischer

2. Für die gemeinsame Tagung der Komitees der Außen- und Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Bukarest 1989 ist eine entsprechende Vorlage zu erarbeiten und die Teilnahme an den Expertentreffen zu ihrer Vorbereitung (beginnend im November 1988 in Moskau; Januar 1989 in Bukarest) zu gewährleisten.

Verantwortlich: Genosse Heinz Keßler
Genosse Oskar Fischer

3. Die Positionen der DDR für die Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung in Europa und über die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (Stockholm II) sind auf der Grundlage der Vorschläge der Warschauer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses bzw. der Budapester Tagung des Komitees der Außenminister weiter auszuarbeiten.

Verantwortlich: Genosse Heinz Keßler
Genosse Oskar Fischer

4. Die Auslandsvertretungen, die Delegationen auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen, bei den Wiener Verhandlungen, in der UNO und auf der Genfer Abrüstungskonferenz werden über die Ergebnisse der Tagung informiert. Sie erhalten eine Direktive zur Erläuterung und konkreten Umsetzung der Ergebnisse der Tagung.

Verantwortlich: Genosse Oskar Fischer

5. Die Vorbereitung der DDR und die Teilnahme ihrer Vertreter an den beschlossenen Maßnahmen der außenpolitischen Zusammenarbeit im Zeitraum bis zur Frühjahrstagung des Außenministerkomitees im April 1989 ist zu gewährleisten.

Verantwortlich: Genosse Oskar Fischer

6. Ausgehend von der konkreten Sachlage auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen in der Endphase ist dem Politbüro ein Entscheidungsvorschlag zu unterbreiten.

Verantwortlich: Genosse Oskar Fischer

Genosse Erich Mielke

Genosse Günter Mittag

Genosse Friedrich Dickel

7. Der Außenminister der DDR wird beauftragt, an der in Moskau geplanten informellen Diskussion perspektivischer Fragen der internationalen Beziehungen teilzunehmen.

Verantwortlich: Genosse Oskar Fischer